SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Partei- und Koalitionspräferenzen der Wähler bei den Bundestagswahlen 1998 und 2002

Pappi, Franz Urban; Gschwend, Thomas

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Pappi, F. U., & Gschwend, T. (2005). Partei- und Koalitionspräferenzen der Wähler bei den Bundestagswahlen 1998 und 2002. In J. W. Falter, O. W. Gabriel, & B. Weßels (Hrsg.), *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002* (S. 284-305). Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-258410

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Franz U. Pappi/Thomas Gschwend

Partei- und Koalitionspräferenzen der Wähler bei den Bundestagswahlen 1998 und 2002

1 Fragestellung

Bei Bundestagswahlen kann der Wähler oder die Wählerin einer starren Parteiliste die Zweitstimme und den Wahlkreiskandidaten einer Partei die Erststimme geben. Hat die Wählerin eine starke Präferenz für eine bestimmte Partei, kann sie diese offenbaren, indem sie für die Kandidatin und die Liste dieser Partei stimmt. In Zweiparteiensystemen hätte ein derartiger Akt der expressiven Präferenzoffenbarung insofern auch instrumentelle Bedeutung, da damit direkt die Wahrscheinlichkeit für eine Regierung dieser Partei, wenn auch nur minimal, erhöht wird. Dies ist in Mehrparteiensystemen anders, besonders, wenn vor der Wahl die Koalitionslage noch relativ unklar ist. Eine instrumentelle Bedeutung bekommt die Wahlentscheidung hier nur, wenn der Wähler sich bewusst zwischen verschiedenen Koalitionen entscheidet und dabei unter Umständen seine Stimme nicht unbedingt der Partei gibt, die er am meisten bevorzugt. Die Umstände werden in erster Linie vom Wahlrecht festgelegt. So macht es für den Anhänger einer rot-grünen Bundesregierung in Deutschland Sinn, seine Erststimme einem Sozialdemokraten und seine Zweitstimme den Grünen zu geben.

Ein derartiges Verhalten wird oft als strategisches Wählen bezeichnet, das dann vorkommt, wenn ein derartiger Anhänger der Grünen erwartet, dass es erfahrungsgemäß in seinem Wahlkreis nicht so viele Wähler geben wird, die der Kandidatin der Grünen ihre Erststimme geben, wie es Erststimmenwähler für den SPD-Kandidaten gibt. Wir wollen in diesem Aufsatz aber nicht das strategische Wahlverhalten an sich untersuchen und dementsprechend zentral die Frage der Erwartungsbildung der Wähler bezüglich wahrscheinlicher Stimmenverteilungen behandeln, sondern eine mögliche Vorstufe für ein derartiges Verhalten: die Bildung von Koalitionspräferenzen und deren Zusammenhang mit den Parteipräferenzen.

Bei strategischem Wählerverhalten geht man davon aus, dass die Wähler Präferenzen für verschiedene Parteien besitzen und nicht nur für die eine Partei, mit der sie sich identifizieren. Mit Parteipräferenz ist hier die Präferenzrangfolge der verschiedenen Parteien gemeint, über die sich die einzelne Wählerin ein Urteil gebildet hat (Pappi 1996). Aus dieser Präferenzordnung ergibt sich das jeweilige Verhalten, wobei unter Umständen der Erwartungsnutzen für die zweitpräferierte Partei höher sein kann als für die meistpräferierte Partei, weil eben die Wahrscheinlichkeit, mit der eigenen Stimme das Ergebnis zu beeinflussen, in diesem Fall hö-

her ist als bei Wahl der Erstpräferenz. Das klassische Motiv ist in diesem Falle, die eigene Stimme nicht an aussichtslose Parteien oder Kandidaten zu vergeuden (*wasted vote*, vgl. z.B. Cox 1997). Theoretisch könnte es in Mehrparteiensystemen natürlich auch vorkommen, dass der Wähler primär eine bestimmte Koalitionspräferenz hat und deshalb seine ansonsten meistpräferierte Partei nicht wählt, weil diese für eine Koalition eintritt, die dieser Wähler ablehnt. Wenn dies unabhängig von den Erwartungen über mögliche Wahlergebnisse geschieht, wäre ein derartiges Verhalten ohne strategisches Kalkül schlicht als Koalitionswahl statt als strategische Parteienwahl zu interpretieren. Ähnlich wie die Präferenzoffenbarung im Zweiparteiensystem immer auch eine ergebnisbezogene instrumentelle Komponente hat, wäre in Mehrparteiensystemen dies auch bei Entscheidungen zwischen möglichen Koalitionen nach der Wahl der Fall, besonders wenn nur zwei Koalitionsalternativen realistisch erscheinen.

In der umfangreichen Literatur über das Konzept der Parteiidentifikation in europäischen Mehrparteiensystemen ist verschiedentlich die These diskutiert worden, nach der nicht eine Partei, sondern eine ideologische Richtung das originäre Identifikationsobjekt darstelle. Dies ist in den europäischen Gesellschaften mit ihren von sozialen Spaltungen geprägten Parteiensystemen in der Regel die Konfliktlinie zwischen bürgerlichen Gruppierungen auf der einen Seite und linken, sozialdemokratischen Positionen auf der anderen. Als paradigmatisches Beispiel kann der Konflikt zwischen dem linken und dem rechten ideologischen Lager in Frankreich gelten, weil dort ein fluides Parteiensystem mit mittelfristig wechselnden Parteiorganisationen auf der linken und vor allem auf der rechten Seite des politischen Lagers Hand in Hand geht. In Frankreich sind die Voraussetzungen für eine primär ideologische Grundorientierung als primäres Identifikationsobjekt statt einer festen Parteianhängerschaft demnach günstig.

In ihrer klassischen Studie über politische Repräsentation in Frankreich wägen Converse und Pierce die beiden Alternativen für die politische Primärorientierung sorgfältig ab und kommen zu folgendem Schluss: "... it appears as though partisanship is a more efficacious frame of orientation than is the sense of one's own left-right position" (1986: 149). Diese Position blieb nicht unwidersprochen. Fleury und Lewis-Beck (1993) kommen zum gegenteiligen Schluss. Zum einen argumentieren sie, dass in ihrem Kausalmodell mit gegenseitiger Beeinflussungsmöglichkeit von partei- und ideologischer Orientierung letztere einen doppelt so großen Einfluss auf erstere ausübe als umgekehrt, und zum anderen konstatieren sie, dass mehr Wähler in Frankreich eine ideologische Orientierung als eine Parteiorientierung haben. Gerade letzteres Argument muss mit dem allenthalben diagnostizierten Rückgang des Anteils der Wähler, die sich überhaupt als Anhänger einer Partei sehen (vgl. z.B. für sechs europäische Länder Berglund et al. 2003), an Gewicht gewinnen. Statt relativ fester ideologischer Lager könnten auch Koalitionsoptionen und die mit ihnen verbundenen Richtungsentscheidungen die Konfliktfronten in Mehrparteiensystemen bilden.

Allerdings ist dann die Frage nach der politischen Primärorientierung falsch gestellt. Es gibt, je nach Land unterschiedlich, sicher viele Wähler, die nach wie vor Anhänger einer bestimmten Partei sind, genauso wie es Wähler gibt, die sich an ideologischen Lagern oder Koalitionsoptionen orientieren. Parteipräferenzen nach dem abgeschwächten Konzept der laufenden Kontoführung über die relativen Vorzüge der einzelnen Parteien in Mehrparteiensystemen (vgl. das *Running-tally*-Konzept von Fiorina 1981: 89 und speziell zur Parteipräferenz in Mehrparteiensystemen, Pappi 1996: 258-260) haben einen taktischen Vorteil gegenüber anderen politischen Orientierungen: In fast allen Wahlsystemen wird den Wählern eine Entscheidung zwischen Parteioptionen abverlangt. Das heißt nichts anderes, als dass den Wählern, unabhängig von ihrer politischen Grundorientierung, Parteien als Objekte der – direkten oder abgeleiteten – Präferenz aufgezwungen werden. Die Details dafür werden aber wesentlich vom Wahlsystem vorgegeben.

Interessant ist in diesem Zusammenhang das in den neunziger Jahren eingeführte italienische Kammer-Wahlsystem, das dem Wähler wie das deutsche zwei Stimmen gibt: eine "Mehrheitsstimme" für den Kandidaten im Einerwahlkreis und eine "Verhältnisstimme" für die Listenwahl einer Partei. Im Unterschied zu Deutschland bedarf die Aufstellung der Wahlkreiskandidaten einer sehr sorgfältigen Koordination der Parteien, weil drei Viertel der Abgeordneten nach relativer Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen gewählt werden, ohne umfassenden Verhältnisausgleich wie in Deutschland. Nach traditionellem deutschen Sprachgebrauch handelt es sich dabei um ein Grabensystem (segmentiertes Mischwahlsystem). Dieses System hat den italienischen Parteien eine Koordinationsbildung vor den Wahlen insofern nahegelegt, als nur gewinnen kann, wer in den Einerwahlkreisen gut abschneidet, so dass sich die Koalitionsbildung bei der Kandidatenaufstellung lohnt. Die linken und rechten Parteien einigen sich jeweils untereinander, welche Koalitionspartei den Kandidaten der jeweiligen Koalitionsoption vertritt. Die Koalitionsoption selbst wird außerdem auf dem Stimmzettel als solche gekennzeichnet: als "Olivenbaum" für die linke Koalitionsoption oder als "Pol oder Haus der Freiheit" für die rechte Koalitionsoption. Bei einer insgesamt ausgewogenen Kräfteverteilung zwischen links und rechts gewinnt die Seite die Wahl, die geschlossener auftritt und deren Wähler stärker nach Koalitionsgesichtspunkten wählen. Dabei scheint in Italien die Parteikoordination zu überwiegen, wenn man erfährt, dass gerade die kleinen Parteien ihre Abgeordneten vor allem der Mehrheitswahl zu verdanken haben, das heißt genauer der Koordinationsleistung ihrer bei der Kandidatenaufstellung zusammen arbeitenden Parteien (Bartolini, Chiaramonte und D'Alimonte 2002). Bei der Mehrheitswahl wird den italienischen Wählern eine Koalitionswahl also massiv nahe gelegt.

Bei deutschen Bundestagswahlen ist die Situation anders. Es stehen klare Parteioptionen zur Wahl und die Parteien stellen flächendeckend auch Kandidaten für die Erststimme auf, unabhängig davon, ob eine Chance besteht, das Direktmandat auch gewinnen zu können. Ein solches scheinbar ineffizientes Verhalten kleiner Parteien kann als Indiz dafür interpretiert werden, dass es zu Wechselwirkungen

zwischen unterschiedlichen Wahlverfahren in Mischwahlsystemen kommen kann. Die Wahlsystemliteratur bezeichnet diese Wechselwirkungen als Kontaminierungs- oder Interaktionseffekte (Cox und Schoppa 2002; Gschwend, Johnston und Pattie 2003: 119; Herron und Nishikawa 2001). Die Wechselwirkung zwischen dem Erst- und Zweitstimmen-Auszählverfahren bestünde demnach darin, dass höhere Zweitstimmenanteile in Wahlkreisen erzielt werden, in denen kleine Parteien auch eigene, obgleich chancenlose Wahlkreiskandidaten aufstellen. In den westdeutschen Wahlkreisen stellten bisher immer SPD oder CDU/CSU den Gewinner oder den ersten Verlierer und trotzdem stellen die Grünen und die FDP ihre Kandidaten auf und geben damit ihren Wählern immer die Gelegenheit, Erst- und Zweitstimme derselben Partei zu geben. In Berlin und in den ostdeutschen Ländern tritt dagegen manchmal die PDS als Konkurrent mit echten Chancen auf das Direktmandat auf. Wenn es bei Bundestagswahlen insgesamt zur Koalitionswahl kommt, dann deswegen, weil die Wähler individuelle Anreize zu entsprechendem Verhalten haben.

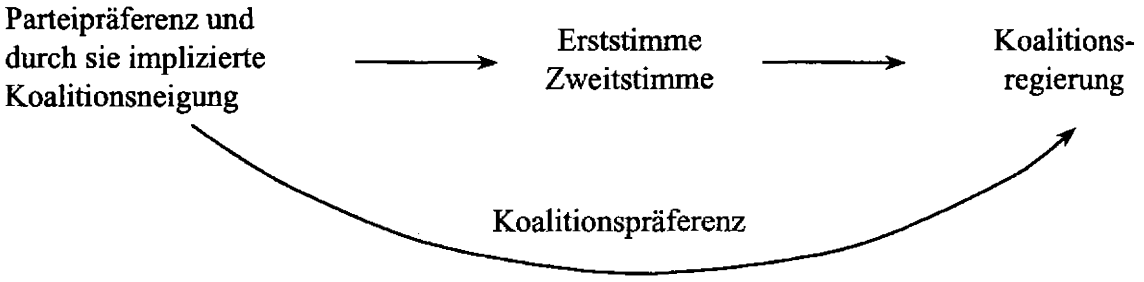
Ein entscheidender Anreiz ist hier die Koalitionsorientierung. Wir interessieren uns im Folgenden nicht dafür, welche Orientierung, die Partei- oder die Koalitionsorientierung, für die Wahlentscheidung primär ist. Da in der Bundesrepublik nur Parteien die Wahloptionen darstellen – sieht man von den wahrscheinlich wenigen Fällen einer persönlichen Wahl eines bestimmten Wahlkreiskandidaten unabhängig von dessen Parteizugehörigkeit ab –, muss ein konsistent agierender Wähler Bewertungen der durch die Parteien gegebenen Wahloptionen vornehmen. Er oder sie wird also eine Parteipräferenz haben. Dabei ist nicht nur die Erstpräferenz wichtig, d.h. die Partei, die der Wähler allen anderen vorzieht, sondern auch die Reihenfolge der weiteren Parteien in der Präferenzfolge. Wir werden uns hier auf Erst- und Zweitpräferenz beschränken.

Aus der Kombination von Erst- und Zweitpräferenz folgt eine Voreinstellung zu den präferierten Zweierkoalitionen eines Wählers. Diese Voreinstellung kann als Koalitionsneigung bezeichnet werden (Pappi und Eckstein 1996). Ob sie vor einer bestimmten Wahl in eine spezielle Koalitionspräferenz umgesetzt wird, hängt von der Klarheit der Koalitionslage (Gschwend und Pappi 2003) ab, d.h. davon, welche realistischen Koalitionsoptionen vor der Wahl von den Parteien signalisiert und in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Unsere Fragestellung in diesem Beitrag ist genau diese Umsetzung einer bestimmten Koalitionsneigung in die entsprechende Koalitionspräferenz. Unsere Hypothese lautet: Nur öffentlich diskutierte realistische Koalitionsoptionen führen zur Ausbildung einer konkreten Koalitionspräferenz aus der vorhandenen Koalitionsneigung. Diese Hypothese wird für die Bundestagswahl 2002 untersucht. Eine Vorwahluntersuchung von 1998 ziehen wir zum Vergleich der Koalitionsneigungen in einer anderen Regierungssituation heran, als noch die Koalition zwischen CDU/CSU und FDP bestand. Abschließend sollen die Folgen von im Aggregat nachgewiesenen Koalitionspräferenzen für die Kombination von Erst- und Zweitstimme bei der Bundestagswahl 2002 mit den Daten der repräsentativen Wahlstatistik überprüft werden. Generell erwarten wir, dass die

Koalitionsoption, die die meisten Wähler nicht zuletzt deshalb präferieren, weil ihr die beste Umsetzung von Neigung in Präferenz geglückt ist, sich auch in der Wahl durchsetzen wird, selbst wenn die einfachen Erstpräferenzen für eine Partei ein anderes Ergebnis nahe legen würden. Anders ausgedrückt erwarten wir eine bessere Voraussage der individuellen Wahlabsicht und des Wahlergebnisses mit Hilfe der Koalitionsneigung bzw. -präferenz als mit der bloßen Erstpräferenz für eine Partei.

Schematisch kann man sich die Umsetzung einer Parteipräferenz in eine Koalitionswahl mit Hilfe des deutschen Mischwahlsystems nach der Logik der *backwards induction* vorstellen (vgl. Abbildung 1). Die Wähler besitzen eine Präferenzordnung für die verschiedenen Parteien und überlegen sich mit Blick auf die angestrebte Regierungskoalition, wie sie am besten abstimmen, um diese Koalition bei gegebener Klarheit der Koalitionslage am wahrscheinlichsten an die Regierung zu bringen. Das deutsche Wahlsystem bietet natürlich auch die Möglichkeit, durch die Abstimmung eine reine Präferenzbekundung zugunsten der am meisten präferierten Partei zu Protokoll zu geben.

Abbildung 1: Prozess der Umsetzung von Parteipräferenz in eine Koalitionswahl



abhängig von Klarheit der Koalitionslage

2 Die Messung von Parteipräferenzen bzw. von Koalitionsneigungen

Parteipräferenz sei die positive oder negative Bewertung der Parteien bzw. ihre relative Bevorzugung zu einem bestimmten Zeitpunkt, die unabhängig von eventuell gerade anstehenden Wahlen erfolgt. Das Einstellungsobjekt ist also die Partei als solche und nicht die Partei im Zusammenhang mit einer bestimmten Wahl. Damit scheidet die sogenannte Sonntagsfrage "Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen?" als Messinstrument aus, weil hier ein expliziter Wahlbezug hergestellt wird.

Es scheidet aber auch die in Deutschland übliche Parteiidentifikationsfrage aus: "In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen

Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Wenn ja, welcher?" Hier wird versucht, eine dauerhafte Anhängerschaft zu messen, die nicht unbedingt vorliegen muss, um einem Befragten eine Parteipräferenz zu attestieren. Diese Frage scheidet aber schon deshalb aus, weil sie nur auf die Nennung einer einzigen Partei abzielt. Für Mehrparteiensysteme ist das nicht ausreichend. Hier kommt es darauf an, zwischen Erst-, Zweit-, Drittpräferenz usw. zu unterscheiden. Zum einen hängt die Wahlentscheidung nicht ausschließlich von der Erstpräferenz ab und zum anderen impliziert die Rangfolge der Parteien in der Präferenzskala bereits eine bestimmte Koalitionsneigung (vgl. generell van der Eijk, Niemöller und Tillie 1986; Schmitt im Erscheinen; Pappi 1996).

Als Messinstrumente zur Erfassung der Parteipräferenz im oben definierten Sinn kommen Ratingskalen, direkte Fragen nach der Rangordnung oder Paarvergleiche in Frage. Wir greifen hier auf die in der deutschen Umfrageforschung weit verbreiteten so genannten Skalometerfragen zurück.[1] Diese Fragen haben den Vorteil, klar zwischen positiver, neutraler und negativer Parteibewertung zu unterscheiden und die durchschnittliche Einstufung einer Partei vom Urteil *aller* Befragten abhängig zu machen.

Konkret werten wir zwei Vorwahluntersuchungen aus, die als mündliche Befragungen vor den Bundestagswahlen 1998 und 2002 im Feld waren.[2] Im Folgenden werden ausschließlich gewichtete Auszählungen verwendet, die die Haushaltsstichprobe auf eine Personenstichprobe umgewichten und den Anteil der ost- und westdeutschen Befragten an ihren Anteil in der wahlberechtigten Bevölkerung anpassen.

Wir beziehen alle im Bundestag vertretenen Parteien in die Analyse ein. Dabei wird die CDU/CSU als eine Partei gezählt, selbst wenn die Skalometer getrennt abgefragt wurden. Nach dem Gesichtspunkt der Wählbarkeit wird in Bayern die Bewertung der CSU und im übrigen Bundesgebiet die Bewertung der CDU als das jeweils relevante Bewertungsobjekt festgelegt.

Die für 1998 und 2002 relativ wenig veränderten Durchschnittseinstufungen sind für die beiden großen Parteien positiv und neutral bis negativ für die kleinen Parteien, wobei die PDS noch einmal deutlich negativer eingeschätzt wird als die Grünen oder die FDP. Nach vierjähriger Regierungszeit bewerten die Wähler die SPD und die Grünen etwas negativer und die CDU/CSU und vor allem die FDP positiver als vor der Wahl 1998. Die PDS wird zu beiden Zeitpunkten mit einem Durchschnitt von -2.6 gleich negativ bewertet.

1 Die Skalometerfragen werden wie folgt eingeleitet: "Was halten Sie ganz allgemein von den politischen Parteien? Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Skala: 5 heißt, dass Sie sehr viel von der Partei halten, -5 heißt, das Sie überhaupt nichts von der Partei halten. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung wieder abstufen."

2 Vorwahlquerschnittsbefragung der Studie "Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland", 1998 (ZA-Nr. 3066) bzw. 2002 (ZA-Nr. 3861) der Primärforscher Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel und Hans Rattinger, im Folgenden als Deutsche Wahlstudie 1998 bzw. 2002 zitiert.

Tabelle 1: Mittelwerte, Standardabweichung und fehlende Werte der Parteiskalometer 1998 und 2002[a]

	CDU/CSU	SPD	Grüne	FDP	PDS
			1998		
Mittelwert	0.4	1.3	-0.3	-0.8	-2.6
Standardabweichung	(3.0)	(2.3)	(2.7)	(2.4)	(2.8)
% weiß nicht	1.2	1.6	2.8	4.7	6.4
% keine Angabe	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2
N	1 608	1 608	1 608	1 608	1 608
			2002		
Mittelwert	0.6	1.1	-0.4	0.0	-2.6
Standardabweichung	(2.9)	(2.4)	(2.7)	(2.3)	(2.8)
% weiß nicht	1.7	1.3	2.4	3.7	5.1
% keine Angabe	2.6	2.9	2.6	2.8	3.0
N	1 632	1 632	1 632	1 632	1 632

a Gewichtete Auszählung der Deutschen Wahlstudie 1998 bzw. 2002. Die gegenüber den Originaldatensätzen verminderte Fallzahl erklärt sich durch unsere Beschränkung auf wahlberechtigte Befragte ab 18 Jahren.

Aus dem Antwortmuster eines Befragten für alle fünf Parteien lässt sich seine Parteipräferenz als ordinale Parteieinstufung rekonstruieren. Dabei beschränken wir uns auf die Rangordnung der am höchsten und zweithöchsten bewerteten Parteien. Das ergibt bei fünf Parteien bereits (5*4 =) 20 geordnete Paare. Zu diesen kommen bei einer klaren Erstpräferenz für eine der fünf Parteien fünf weitere Kategorien von Befragten hinzu, die keine klare Zweitpräferenz besitzen, weil auf diesem Platz bereits Rangplatzbindungen auftreten, d.h. mehrere Parteien werden identisch bewertet. Tritt eine Rangplatzbindung zwischen nur zwei Parteien bereits auf Rang 1 auf, werden wir diese zehn Klassen separat behandeln. Sie sind für uns deshalb besonders interessant, weil sie als *starke Koalitionsneiger* angesehen werden können, für die keine der beiden Parteien einen klaren Vorzug genießt.

Vor der Bildung der insgesamt 35 Typen von Koalitionsneigern werden drei Gruppen von Befragten aus der Analyse ausgeschlossen: Erstens diejenigen, die zu keiner Partei eine Angabe gemacht haben, zweitens diejenigen, die sich selbst bei der bestbewerteten Partei nur für einen negativen Skalenwert entschließen konnten – wir bezeichnen sie als *Entfremdete* – und drittens diejenigen, deren beste vergebenen Werte zwar neutral oder positiv waren, die aber bereits eine Rangplatzbindung zwischen drei oder mehr Parteien auf dem ersten Rang aufwiesen – wir bezeichnen sie als *Indifferente*. Einige wenige Befragte äußerten sich nur zu einer Partei. Sie werden den Entfremdeten zugewiesen, wenn diese Partei negativ bewertet wurde, und den Erstpräferenzen für die Partei, wenn sie neutral oder positiv bewertet haben.

Die Verteilung der Befragten auf die so gebildeten 38 Typen ist für die Situation kurz vor der Bundestagswahl 1998 und vor der von 2002 der Tabelle A1 im Anhang zu entnehmen. Wenn man bedenkt, dass als Folge der Bundestagswahl 1998 die Koalitionsregierung von Schwarz-Gelb zu Rot-Grün wechselte, sind die mit

Erst- und Zweitpräferenz erfassten Koalitionsneigungen der Wähler vor diesen beiden Bundestagswahlen sehr ähnlich. Man könnte hier quasi von einer stabilen Koalitionsinfrastruktur auf Wählerseite sprechen, da sie sich 2002 im Vergleich zur Situation vor der Bundestagswahl 1998 kaum geändert hat. Es erscheint vor diesem Hintergrund gerechtfertigt, von Koalitionsoptionen als Identifikationsobjekt oder zumindest als verfügbares Ordnungsschema der Wähler in Mehrparteiensystemen zu sprechen.

Drei kleine Veränderungen erscheinen mitteilenswert. Erstens hat sowohl unter den CDU/CSU- als auch unter den SPD-Anhängern 2002 die Große Koalition an Unterstützung verloren.[3] Auch die Zahl der Befragten mit Rangplatzbindungen zwischen den beiden großen Parteien ist leicht zurückgegangen. Zweitens hat die Zweitpräferenz für die jeweils andere Partei unter FDP-Anhängern leicht und unter CDU/CSU-Anhängern stark zugenommen, flankiert von einer Zunahme der Wähler mit entsprechender Rangplatzbindung. Mit anderen Worten heißt dies, dass die Koalitionsneigung zu einer Koalition aus CDU/CSU und FDP im Vergleich zu einem Zeitpunkt, als sie noch regierten, angestiegen ist. Und drittens wird die Bewegung zugunsten von Schwarz-Gelb von einem kleinen Rückgang der Unterstützung für Rot-Grün begleitet, sowohl bei den SPD-Anhängern als auch bei den Anhängern der Grünen, nicht dagegen bei Personen mit entsprechender Rangplatzbindung. Betrachtet man die Zahl der Befragten mit Rangplatzbindungen als die stärksten Anhänger der jeweiligen Koalition, die sogenannten starken Koalitionsneiger, liegt Rot-Grün zu beiden Zeitpunkten in Führung: 5.3 bzw. 5.4 Prozent aller Befragten bewerten SPD und Grüne gleich gut und besser als die anderen Parteien, dagegen nur 2.0 bzw. 3.4 Prozent Schwarz-Gelb. 1998 war die Zahl der Befragten mit Rangplatzbindung zwischen den beiden großen Parteien auf dem obersten Rang der Parteipräferenz mit 3.6 Prozent noch stärker gewesen als die für Schwarz-Gelb mit 2.0 Prozent. Im Gegensatz zur Rangplatzbindung zwischen CDU/CSU und SPD haben die übrigen Befragten mit Rangplatzbindungen auf Platz 1 der Präferenzskala 2002 gegenüber 1998 leicht zugenommen. Unsere ursprüngliche Erwartung, dass die jeweils regierende Koalition einen allgemeinen Vorsprung bei den Koalitionsneigungen erzielen kann, wird nicht bestätigt. Vielmehr scheint es Abnutzungserscheinungen durch die Regierungstätigkeit zu geben, die sich allerdings bei den stärksten Anhängern der Koalition am wenigsten bemerkbar machen. Starke Koalitionsneiger von Rot-Grün waren zu beiden Zeiten gleich zahlreich.

Werden die Parteipräferenzen für 1998 und 2002 nur hinsichtlich der Erstpräferenz ausgewertet, ist insbesondere die Erstpräferenz für die SPD von 30.3 auf 25.9 Prozent rückläufig und die CDU/CSU liegt 2002 mit 29.3 Prozent klar in Führung. Dies scheint auf den ersten Blick im Widerspruch zu den Skalometer-Mittelwerten von Tabelle 1 zu stehen, wo die SPD mit einer Durchschnittsbewertung von 1.1 auf dem von 5 bis -5 reichenden Skalometer klar vor der CDU/CSU mit 0.6 liegt. Der

3 Als Anhänger einer Partei bezeichnen wir Wähler mit einer klaren Erstpräferenz für diese Partei.

Widerspruch löst sich auf, wenn man sich klar macht, dass die Skalometer-Mittelwerte die Einschätzungen aller Befragten zusammenfassen und damit auch derjenigen, die eine Partei nicht auf dem obersten Rang platziert haben. Der bessere Durchschnittswert der SPD auf dem Skalometer spiegelt ihre bessere Einschätzung bei den Anhängern der anderen Parteien wider und damit auch ihre größere Attraktivität als Partei, mit der man aus Sicht der Wähler koalieren kann. So liegt z.B. die SPD als Zweitpräferenz bei den Grünen weit stärker in Führung als die CDU als Zweitpräferenz von FDP-Anhängern. Und auch bei den PDS-Anhängern ist die SPD die führende Zweitpartei. Als einzige Partei konnte die FDP ihre Anhänger, gemessen an der Erstpräferenz, 2002 gegenüber 1998 vermehren.

Für den Wahlerfolg einzelner Parteien sowie den Wahlsieg einer bestimmten Koalition kommt es aber nicht nur auf diejenigen an, die eine Partei ganz klar allen anderen Parteien vorziehen, sondern auch auf die Wähler mit Rangplatzbindungen. Wie werden solche Wähler sich in der Wahlkabine entscheiden? Darüber hinaus ist zu fragen, wie sich diejenigen Anhänger einer Partei verhalten werden, die eine andere Zweitpräferenz haben als die für den von ihrer Partei gewünschten Koalitionspartner. Wie entscheiden sich beispielsweise sozialliberale Wähler 2002, die zwar Anhänger der SPD sind, aber zu einer Koalition mit der FDP neigen? Wenn sich eine Koalition zur Wiederwahl stellt, wird sie um so eher Erfolg haben, je mehr Befragte diese Koalitionsneigung unabhängig von konkreten Koalitionsaussagen besitzen und je besser diese Neigergruppe zur Wahlentscheidung mobilisiert werden kann. Darüber hinaus wird eine Koalition um so eher Erfolg haben, je mehr Wahlberechtigte eine der Koalitionsparteien als Erstpräferenz und den jeweils anderen Koalitionspartner als Zweitpräferenz haben. Entsprechen Erst- und Zweitpräferenz, d.h. die Koalitionsneigung, nicht der Koalitionsaussage ihrer meist präferierten Partei, so ist entscheidend, dass solche Wähler sich nicht von der Wahl ihrer Erstpräferenz abhalten lassen. Strategisch kann eine Partei den Wahlsieg der von ihr gewünschten Koalition dadurch zu optimieren suchen, dass sie ihre Koalitionsvorentscheidung den Wählern bekannt gibt und dadurch mehr Wahlberechtigte mit entsprechender Neigung zur Wahlentscheidung mobilisiert als diejenigen unter ihren Anhängern entfremdet, die eine andere Zweitpräferenz und damit eine davon abweichende Koalitionsneigung haben. Die Koalitionsaussage der SPD für Rot-Grün sollte also gleichzeitig diejenigen zur Wahl motivieren, die zuerst die SPD und dann die Grünen präferieren, ohne die sozialliberalen SPD-Anhänger von der Wahl der SPD abzuhalten.

Im nächsten Abschnitt untersuchen wir, inwieweit von den Parteien signalisierte und öffentlich diskutierte Koalitionsoptionen bei den Wählern eine Umwandlung einer entsprechenden Koalitionsneigung in eine explizite Koalitionspräferenz fördern. Für die politischen Auswirkungen dieses unterstellten Prozesses auf der Individualebene ist die Größe der einzelnen Neigergruppen ganz entscheidend. Wir nehmen an, dass Wähler durch die öffentliche Diskussion realistischer Koalitionsoptionen vor einer Wahl ihre Koalitionsneigung daraufhin testen, ob die entsprechenden Parteien auch zusammen regieren sollen. Erscheint dies realistisch, wird

aus der von der Wahl unabhängigen Neigung die Präferenz für eine ganz bestimmte Koalitionsregierung.

3 Die Umwandlung von Koalitionsneigungen in Koalitionspräferenzen

Das Antwortmuster der Befragten, das sich aus ihren Angaben zu den einzelnen Skalometerfragen ergibt, wird ohne jede direkte Erwähnung von Regierungskoalitionen erhoben. Wenn wir hier die Kombination aus Erst- und Zweitpräferenz als Koalitionsneigung interpretieren, entspricht dies quasi einem nichtreaktiven Verfahren zur Messung einer implizit vorhandenen Einstellung – im vorliegenden Fall ist das eine implizite Koalitionspräferenz. Wir sprechen in unserem Zusammenhang allerdings von einer Koalitionspräferenz als einer explizit geäußerten Präferenz als Antwort auf eine direkte Frage. Unsere These ist, dass öffentlich diskutierte realistische Koalitionsoptionen vorhandene Koalitionsneigungen (als implizite Koalitionspräferenzen) aktivieren und zur Ausbildung einer (expliziten) Koalitionspräferenz führen.

In der Vorwahluntersuchung von 2002, leider nicht in der von 1998, ist eine Frage zur Koalitionspräferenz gestellt worden.[4] Von den möglichen zehn Zweierkoalitionen wurden alle diejenigen mit Beteiligung von einer der großen Parteien abgefragt außer CDU/CSU-PDS. Zusätzlich wurden noch zwei Dreierkoalitionen in die Liste aufgenommen, eine reine Linkskoalition aus SPD, Grünen und PDS und die Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP. In der Ausgabe des "Spiegel" vom Montag vor der Bundestagswahl 2002 war mit Bezug auf die Wahl 38 mal von möglichen Koalitionen die Rede, davon entfiel knapp die Hälfte der Nennungen (18) auf die regierende rot-grüne Koalition (vgl. Tabelle 1 in Gschwend und Pappi 2003). Acht Nennungen entfielen auf eine große Koalition, sieben auf eine sozialliberale Koalition, drei auf die Machtwechselkoalition CDU/CSU und FDP und zwei Nennungen auf die Ampel. Von den 38 Nennungen war die SPD somit als Regierungspartner an 35 Nennungen beteiligt, die CDU/CSU nur an den restlichen drei Nennungen und zusätzlich an den acht der großen Koalition. Diese Nennungen spiegeln die Parteistrategien insofern wider, als die einzige Koalitionsoption, die von beiden Koalitionspartnern explizit angestrebt wurde, auch die weitaus meisten Nennungen erhielt, nämlich die regierende rot-grüne Koalition, die sich explizit um die Wiederwahl bewarb. Die FDP hatte sich nicht festgelegt und die CDU/CSU musste froh sein, dass ihre einzige realistische Option, nämlich schwarz-gelb, von der FDP wenigstens nicht ausgeschlossen wurde.

4 Diese Frage lautete wie folgt: "Unabhängig davon, wie die Parteien sich entscheiden: Was wäre Ihnen persönlich am liebsten, von welchen Parteien Deutschland in den nächsten vier Jahren regiert wird? Bitte nennen Sie mir nur den Buchstaben von der Liste." Die Liste bestand aus den acht Optionen, die Tabelle A2 im Anhang zu entnehmen sind.

Wenden wir nun diese Randbedingungen auf die Wenn-Komponente unserer Haupthypothese an, d.h. die öffentliche Diskussion oder Nichtdiskussion, ist die größte Mobilisierung im Sinn der Umsetzung von Koalitionsneigung in Koalitionspräferenz für die Anhänger der rot-grünen Regierung zu erwarten. Die zweitgrößte Umsetzung erwarten wir trotz der geringen Zahl an Nennungen im "Spiegel" für die Koalition aus CDU/CSU und FDP. Dies ist wegen der klaren Festlegungen von SPD und Grünen, ihre Koalition fortzusetzen, die einzig glaubwürdige Alternative zu Rot-Grün gewesen. Die weiteren Zweierkoalitionen sollten demnach bei gegebener Koalitionsneigung weniger häufig präferiert werden.

Da es für die Koalitionsneigung der Befragten nur entscheidend ist, welche beiden Parteien in ihrer Parteipräferenzordnung oben stehen, lassen sich 30 der insgesamt 38 Kategorien unserer rekonstruierten Parteipräferenzvariable (vgl. Tabelle A1) zu zehn logisch möglichen Zweierkoalitionen zusammenfassen. Es sind dies jeweils alle Befragten, die die genannten Parteien als Erst- oder Zweitpräferenz bzw. den bestbewerteten Parteien den gleichen Wert zuweisen. Um die Darstellung inhaltlich zu vereinfachen, fassen wir schließlich drei Typen von Koalitionsneigern zu einer Restgruppe zusammen. Befragte, deren Erst- *und* Zweitpräferenz einer der drei kleinen Parteien im Bundestag galt, sind in dieser Restgruppe zusammengefasst, weil Koalitionen von zwei kleinen Parteien rein rechnerisch niemals mehrheitsfähig sind. Von den insgesamt 38 Kategorien bleiben also nur noch fünf Kategorien von Befragten übrig, die keine klare Zweitpräferenz besitzen, sowie die Gruppe der Entfremdeten, der Indifferenten und derer, die zu keiner Partei eine Angabe machen, was wir unter "Sonstige" subsumieren. Die Koalitionspräferenz hat natürlich für die Befragten, die aufgrund fehlender klarer Zweitpräferenz keine Koalitionsneigung haben, eine erhöhte Aussagekraft. Die Koalitionspräferenz dieser nicht kleinen Gruppe, die eben nicht aus der Koalitionsneigung abgeleitet werden kann, ist für die Voraussage eines Koalitionssiegs wichtig. In dieser Gruppe sollten in Erweiterung unserer Haupthypothese die Befragten am häufigsten sein, die für ihre Partei die in der Öffentlichkeit am prominentesten gehandelte Koalitionsoption präferieren. Das ist für die Anhänger der Grünen und der SPD natürlich die regierende Koalition, nach obiger Logik für die CDU die Koalition mit der FDP, während sich für die Anhänger der FDP die Koalitionspräferenzen stärker verteilen müssten. Eine rot-rote Koalition wurde 2002 in der Öffentlichkeit nicht als realistische Regierung auf Bundesebene diskutiert, so dass sich auch die Koalitionspräferenzen der PDS-Anhänger stärker auf verschiedene Optionen verteilen dürften.

Zunächst ist ein Vergleich der Häufigkeiten von Koalitionsneigungen und Koalitionspräferenzen aufschlussreich. Die letzte Zeile der Tabelle A2 im Anhang gibt Aufschluss über die Größe der Koalitionsneigergruppen. Die regierende rot-grüne Koalition führt mit 19 Prozent knapp vor den 18 Prozent der CDU/CSU-FDP-Koalition. Dann folgt mit 13 Prozent die Neigung zur großen Koalition, mit 6 Prozent die Neigung zu Rot-Rot aus SPD und PDS und mit 5 Prozent die sozialliberale Koalition. Alle anderen Neigergruppen sind größenmäßig zu vernachlässigen.

Vergleicht man nun diese Verteilung mit der Verteilung der expliziten Koalitionspräferenzen, fällt bei letzteren die Konzentration auf die realistischen Koalitionsoptionen auf, also auf die regierende Koalition mit 25 Prozent und die Hauptalternative Schwarz-Gelb mit sogar 29 Prozent. Diese Gruppen sind deutlich größer als die entsprechenden Neigergruppen, so dass ihre Unterstützung durch die Wähler weit über die Befragten mit entsprechender Erst- und Zweitpräferenz hinausgeht. Sehr viel ausgeglichener sind die Größenverhältnisse zwischen Neigung und Präferenz für die große Koalition und die sozialliberale Koalition. Diese Ergebnisse lassen bereits erkennen, dass die Zuspitzung der Regierungsoptionen auf wenige – und das heißt im Idealfall auf zwei Optionen – Vorteile bei der Wahl bringen kann, wenn sich Wähler bei ihrer Stimmabgabe zusätzlich zur Parteilogik auch von der Koalitionslogik leiten lassen.

Dabei sind zwei Mechanismen ausschlaggebend: erstens die Umsetzung einer vorhandenen Koalitionsneigung in die entsprechende Koalitionspräferenz und zweitens die Attraktivität einer Koalition bei den anderen Befragten, die keine ausgesprochene bzw. eine abweichende Koalitionsneigung besitzen. Für 2002 testen wir die Hypothese, dass die in der Öffentlichkeit prominent diskutierte Fortsetzung der Koalition aus SPD und Grünen und die als einzig realistische Alternative angesehene Machtwechselkoalition aus CDU/CSU und FDP nach beiden Kriterien Vorteile gegenüber weiteren Koalitionen besaßen.

Mit der ersten 5x4-Teiltabelle in Tabelle A2 lässt sich das erste Kriterium überprüfen. Die ersten fünf abgefragten Koalitionspräferenzen beziehen sich auf die Koalitionen, die auch in der Spiegelausgabe am Montag vor der Wahl 2002 Erwähnung fanden, die ersten vier Spalten enthalten die entsprechenden Koalitionsneigungen. Da wir die Präferenz für die dritte Partei nicht explizit untersuchen, fehlt das Äquivalent für die Ampelkoalition bei der Koalitionsneigung. Wegen der 3 Prozent der Befragten, die eine derartige Dreiparteienkoalition präferieren, lohnt es sich aber nicht, eine entsprechende Differenzierung in die Koalitionsneigung einzuführen.

Das Ergebnis dieser Teiltabelle ist auch ohne diese Differenzierung ganz eindeutig. Mit Umsetzungskoeffizienten der Neigung in die Präferenz von 3/4 bis 4/5 liegen die beiden Hauptalternativen weit vor allen anderen Koalitionen. Dagegen sind die weiteren öffentlich diskutierten Optionen einer Großen und einer sozialliberalen Koalition mit Umsetzungskoeffizienten von 1/3 bis knapp 1/2 bereits abgeschlagen. Diese öffentlich diskutierten Alternativen haben allerdings noch einen Vorsprung gegenüber den weiteren in der Frage nach den Koalitionspräferenzen enthaltenen Optionen, die in der Spiegelausgabe vor der Wahl 2002 gar nicht erwähnt wurden: einer rot-roten, einer schwarz-grünen und einer Linkskoalition aus SPD, Grünen und PDS. Hier sinken die Umsetzungsraten auf 1/5. Hinzu kommt ein Trend zur prominentesten Koalition für die jeweilige große Partei, also z.B. bei einer Koalitionsneigung zur CDU und den Grünen bzw. der PDS, zur bürgerlichen CDU/FDP-Koalition bzw. bei SPD und PDS zur rot-grünen Koalition. Zahlenmäßig wichtiger als die Vorteile der beiden prominenten Koalitionen in diesen Grup-

pen sind aber die Koalitionspräferenzen der Befragten, deren Parteipräferenz nur eine klare erste Präferenz erkennen lässt. Immerhin besitzen 9 Prozent aller Befragten nur eine klare Erstpräferenz für die CDU/CSU und 7 Prozent für die SPD. Wir bezeichnen diese Befragten der Einfachheit halber als reine Anhänger der entsprechenden Partei.

Unter den reinen CDU/CSU-Anhängern liegt die CDU/CSU-FDP-Koalition mit 69 Prozent klar in Führung, gefolgt mit nur 16 Prozent für die Große Koalition. So eindeutig die Koalitionspräferenz der reinen CDU-Anhänger zugunsten einer bürgerlichen Koalition ist, so gespalten zeigt sich die relativ kleine Gruppe der reinen FDP-Anhänger – es sind dies nur 1 Prozent aller Befragten. Unter ihnen bevorzugen ungefähr die Hälfte die Koalition mit der CDU und die andere Hälfte eine Koalition mit der SPD. Die Tatsache, dass sich die FDP-Führung vor der Wahl 2002 nicht auf eine Koalition festlegen wollte, findet also eine Entsprechung in den Koalitionspräferenzen ihrer Anhänger. Zusammen mit dem halben Prozentpunkt der Befragten mit FDP-Erstpräferenz, die als Zweitpräferenz die SPD angaben, summiert sich dies zu einer nicht unerheblichen Schwächung einer CDU/FDP-Koalition von Seiten der zum kleineren Koalitionspartner neigenden Wähler auf.

Bei den reinen Anhängern der SPD und der Grünen sprechen sich zwar jeweils relative Mehrheiten für eine rot-grüne Koalition aus – bei den Grünen mit 47 Prozent mehr als bei den Sozialdemokraten mit nur 38 Prozent –, aber diese Unterstützung der regierenden Koalition ist nicht so stark wie die Unterstützung der reinen CDU/CSU-Anhänger für die Koalition mit der FDP. Allerdings muss bei der Interpretation dieser Zahlen berücksichtigt werden, dass die direkte Frage nach der Koalitionspräferenz den SPD-Anhängern insgesamt sechs von acht, den CDU/CSU-Anhängern aber nur drei von acht Optionen anbot, an denen ihre Partei beteiligt war.

Genauso stark wie sich die reinen Grünen-Anhänger auf eine rot-grüne Koalition konzentrieren, konzentrieren sich die PDS-Anhänger auf eine rot-rote Koalition, wobei für alle reinen Anhänger linker Parteien, am stärksten aber für die PDS, auch eine linke Dreiparteienkoalition in Frage kommt. Unsere Erwartung, dass wegen der fehlenden öffentlichen Diskussion von rot-rot die reinen PDS-Anhänger unsicherer in ihrer Koalitionspräferenz wären als die entsprechenden Anhänger von SPD oder den Grünen bestätigt sich nicht.

Welche Bedeutung hat die Umwandlung von Koalitionsneigungen in eine Koalitionspräferenz für die strategische Ausrichtung von Parteien im Wahlkampf? Nach den vorliegenden Ergebnissen ist der entscheidende Schritt für den Sieg einer Koalition die Umsetzung der Koalitionspräferenz in entsprechendes Wählerverhalten. Hier kommt es auf die Mobilisierung der Wähler zugunsten der von einer Partei vertretenen Koalitionsoption an. Die jeweilige Partei muss dabei darauf achten, dass diejenigen ihrer Anhänger, die eine andere Koalition präferieren, auch zur Wahl gehen und ihre Partei trotz ihrer abweichenden Koalitionspräferenz wählen. Und es kommt zweitens darauf an, den Koalitionsparteien durch ein Stimmensplitting zusätzliche Vorteile zu verschaffen.

Die tatsächliche Mobilisierung in Form hoher Wahlbeteiligungsraten können wir hier nicht untersuchen. Ein Hinweis auf eine *cross-pressure*-artige Situation, die sich ergibt, wenn sich die Koalitionsneigung nicht in eine Koalitionspräferenz überführen ließe, bieten die Prozentsätze der Befragten, die bei gegebener Koalitionsneigung relativ unentschlossen bezüglich der Koalitionspräferenz sind.[5] Per Analogieschluss könnte man vermuten, dass dann, wenn die Umsetzung von Koalitionsneigung in Koalitionspräferenz Schwierigkeiten bereitet, auch die Umsetzung einer Koalitionspräferenz in tatsächliches Wählerverhalten entsprechend schwieriger ist, wenn diese Koalitionspräferenz nicht der bevorzugten Koalition der Parteiführung entspricht. Aus Tabelle A2 im Anhang geht hervor, dass die Befragten mit einer Koalitionsneigung, die nicht den zwei prominenten Koalitionsoptionen entsprach, auf die Frage nach der Koalitionspräferenz mehr Unentschlossenheiten zeigten (Prozentsatz "weiß nicht" oder "keine Angabe") als die Befragten, die zur rot-grünen oder schwarz-gelben Koalition neigten bzw. sich als reine Anhänger einer der beiden großen Parteien zu erkennen gaben. Inwieweit der Analogieschluss auf die Umsetzung von Koalitionspräferenz in Wahlbeteiligung gerechtfertigt ist, bedarf einer eigenen Untersuchung, die wir hier nicht leisten können.

Im nächsten Abschnitt untersuchen wir die Frage, inwieweit das Stimmensplitting mit der Klarheit der Koalitionsoption zusammenhängt. Für die rot-grüne Koalition bestand diese Klarheit, für die schwarz-gelbe Koalition als der Hauptalternative bestand sie nur für die CDU/CSU-Anhänger. Diese Unausgewogenheit sollte sich im Stimmensplitting bei der Bundestagswahl 2002 niedergeschlagen haben.

4 Die Kombination von Erst- und Zweitstimme bei der Bundestagswahl 2002 als mögliche Folge von Koalitionspräferenzen

Unser grundlegendes Argument ist, dass wir bei der Analyse von Wahl- und Wählerverhalten in Mehrparteiensystemen unser Augenmerk nicht nur auf die Parteipräferenz im Sinn der Erstpräferenz richten sollten. Neben der Parteipräferenz kann sich auch die Koalitionspräferenz auf die Wahlentscheidung auswirken. Dies gilt insbesondere für Wahlsysteme, die dem Wähler mehr als eine Stimme einräumen, wie es bei Bundestagswahlen der Fall ist, bei denen ein Wähler mit seiner Erststimme den Kandidaten einer Koalitionspartei und mit seiner Zweitstimme die

5 Einen vergleichbaren Fall gab es im französischen Superwahljahr 2002, in dem Anhänger der Linken nicht zur anschließenden Parlamentswahl gingen, weil sie nach dem Wahlsieg Chiracs einem *cross pressure* zwischen Parteipräferenz und Regimepräferenz ausgesetzt waren. Statt einer Koalitionspräferenz geht es im französischen Fall um eine "Regimepräferenz", d.h. um die Frage, ob eine Kohabitation wünschenswert sei. Anhänger der Linken, die sich gegen die Kohabitation ausgesprochen haben, sind systematisch zu Hause geblieben, selbst wenn für die üblichen Erklärungsgrößen von Nichtwahlverhalten kontrolliert wird (Gschwend und Leuffen 2003).

andere Partei der von ihm präferierten Koalition wählen kann. Erleichtert wird eine derartige Wahlentscheidung noch durch die Art der Stimmenverrechnung, die es erlaubt, einem Kandidaten der größeren Koalitionspartei die Erststimme zu geben, ohne dass ein Anhänger der kleineren Partei dieser schadet. Ein derartiges Stimmensplitting ist vermutlich besonders häufig unter so genannten starken Koalitionsneigern, für die keine der beiden Parteien einen klaren Vorzug genießt, zu beobachten. Für die Anhänger von SPD und CDU/CSU hingegen bedeutet es ein größeres Opfer, dem in Aussicht genommenen kleinen Koalitionspartner eventuell die Zweitstimme zu geben. Dies mag nur unter ganz bestimmten Umständen zu rechtfertigen sein: wenn die Koalition die einzig realistische Option für die große Partei ist, auf den kleinen Koalitionspartner Verlass ist und der Einzug dieses Juniorpartners in den Bundestag nicht ganz sicher erscheint. Ansonsten wird sich die Koalitionspräferenz bei Anhängern der großen Parteien weniger auf die Wahlentscheidung auswirken als bei den Anhängern kleiner Parteien. Kleine Parteien können nur zusammen mit einem großen Partner regieren und können in der Koalition seltener ihre Programmpunkte durchsetzen als der große Partner. Je nach avisierter und präferierter Koalition kann die Wahlentscheidung zugunsten einer kleinen Partei größere Unterschiede im Policy-Output bedeuten als bei der Wahl einer großen Partei; vorausgesetzt, die fragliche Koalition kommt auch tatsächlich zustande.

Wir überprüfen in diesem Abschnitt die Folgen der klaren Festlegung von SPD und Grünen auf eine zweite Regierung Schröder für das Stimmensplitting und kontrastieren es mit dem analogen Verhalten von CDU/CSU- und FDP-Wählern. Da die FDP sich nicht auf eine bestimmte Koalition festlegte und zum Zeichen ihrer "Unabhängigkeit" sogar einen eigenen Kanzlerkandidaten präsentierte, erwarten wir weniger Unterstützung von CDU/CSU-Kandidaten durch Wähler, die mit ihrer Zweitstimme FDP wählten, als Unterstützung von SPD-Kandidaten durch Wähler, die ihre Zweitstimme den Grünen gaben.

Wir entnehmen die Daten für die Kombination von Erst- und Zweitstimme der repräsentativen Wahlstatistik (vgl. Anhang, Tabelle A3) und überprüfen das Stimmensplitting im Vergleich der beiden wichtigsten Koalitionsoptionen, also Rot-Grün und Schwarz-Gelb. Dabei erwarten wir, der Logik des deutschen Wahlsystems folgend, dass die Kombination von Erststimme für CDU/CSU bzw. SPD und Zweitstimme für FDP bzw. Grüne häufiger vorkommt als die umgekehrte Kombination, nach der der kleinere Koalitionspartner die Erststimmen bekommen würde.

Bereits die Randverteilungen für Erst- und Zweitstimme zeigen, dass die SPD-Kandidaten mehr vom Stimmensplitting profitierten als die CDU/CSU-Kandidaten. Dementsprechend ist die Differenz zwischen Erst- und Zweitstimme für die Grünen größer (8.5 - 5.6 = 2.9 Prozentpunkte) als für die FDP (7.3 - 5.7 = 1.6 Prozentpunkte).

Um die Größenverhältnisse der einzelnen Wählergruppen zu berücksichtigen, ist die Tabelle A3 im Anhang auf die Gesamtzahl der Wähler prozentuiert. Die weitaus größten Blöcke in der Wählerschaft sind die 32.9 Prozent Wähler, die der SPD

beide Stimmen gaben, und die 35.1 Prozent, die sich geschlossen für die CDU/CSU entschieden. Den nächstgrößten Block bilden die 5.6 Prozent Zweitstimmenwähler der Grünen, die einem SPD-Kandidaten ihre Erststimme gaben. Dem stehen nur 2.6 Prozent Zweitstimmenwähler der FDP gegenüber, die einem CDU/CSU-Kandidaten die Erststimme gaben. Bei der Wahl 2002 gab es mehr FDP-Wähler mit geschlossener Stimmabgabe (3.5 Prozent) als Wähler der Grünen (2.8 Prozent). Sogar die PDS bringt es auf einen Prozentsatz von 2.8 geschlossener Stimmabgabe. Diese Ergebnisse zeigen deutlich, dass sich der von der Führung der beiden Berliner Koalitionsparteien signalisierte Wille zur Fortsetzung ihrer Koalition klar auf die Stimmabgabe ausgewirkt hat. Diese Aussage gilt sogar in umgekehrter Richtung: Es gaben mehr SPD-Zweitstimmenwähler einem Kandidaten der Grünen ihre Erststimme als CDU/CSU-Zweitstimmenwähler einem FDP-Kandidaten. Dieses der generellen Logik der vergeudeten Stimme entsprechende Wählerverhalten ist aber weit seltener als die Vermeidung einer Stimmenvergeudung durch Wahl des größeren Koalitionspartners mit der Erststimme. Dass überhaupt Stimmen an Wahlkreiskandidaten vergeudet werden, kann mit der Anziehungskraft einzelner Kandidaten zu tun haben, dem so genannten *personal vote*. Man kann darin aber auch den Ausdruck einer nichtstrategischen Koalitionswahl vermuten, wenn Koalitionsneiger ihre zwei Stimmen mehr oder weniger zufällig auf die beiden Koalitionsparteien verteilen. Strategisch wird die Koalitionswahl erst, wenn sie mit Erwartungen über das wahrscheinliche Abschneiden der verschiedenen Kandidaten oder Parteien verbunden wird.

5 Schlussfolgerung

Wir haben in diesem Aufsatz gezeigt, dass Parteien durch klare Koalitionssignale das Wählerverhalten beeinflussen können. Dabei haben wir eine Logik unterstellt, die von gegebenen Parteipräferenzen (Erst- und Zweitpräferenz interpretiert als Koalitionsneigung) ausgeht, die bei klaren, möglichst auf zwei Hauptalternativen reduzierten prominenten Koalitionsoptionen in entsprechende Koalitionspräferenzen umgewandelt werden, sodass die jeweiligen Koalitionsparteien ohne große Verluste an die Nichtwähler und eventuell in der Form von Stimmensplitting gewählt werden. Wähler mit abweichenden Koalitionsneigungen können zwar zusätzlich gewonnen werden. Wenn diese jedoch abweichende Koalitionspräferenzen entwickeln, ist mit größeren Verlusten an die Gruppe der Nichtwähler zu rechnen. Für Parteistrategen kommt es darauf an, die Vorteile klarer Koalitionssignale gegenüber den möglichen Verlusten bei denjenigen ihrer Anhänger abzuwägen, die abweichende Koalitionspräferenzen besitzen.

Bisher haben wir die Koalitionsneigungen als gegeben unterstellt. Für die Zeit des Wahlkampfes, wenn die wesentlichen Festlegungen für die kommende Legislaturperiode erfolgt sind, dürfte dies eine realistische Annahme sein. Nach dem Konzept der laufenden Kontoführung über die Vor- und Nachteile der Parteien (*run-*

ning tally nach Fiorina 1981) sind die Parteipräferenzen aber nicht unveränderbar. Dies gilt verstärkt für die Zweit- im Vergleich zur Erstpräferenz. Deshalb sollten sich Parteistrategen lange vor der Wahl überlegen, ob eine frühzeitige Festlegung auf eine bestimmte Koalition im Einvernehmen mit dem Koalitionspartner die Koalitionsneigungen im Vorfeld des Wahlkampfes so verändern kann, dass für diese Koalition eine günstigere Ausgangslage entsteht. Die frühe Festlegung von Schröder und Fischer im Sommer 2003 auf die Fortsetzung ihrer Koalition nach der Bundestagswahl 2006 und zwar auch in dieser personellen Zusammensetzung des Führungsteams von Kanzler und Vizekanzler ist ein Versuch in diese Richtung. Eine sozialliberale oder eine Große Koalition ist mit dieser Festlegung ausgeschlossen; vorausgesetzt, SPD und Grüne schaffen wieder die Kanzlermehrheit im Bundestag.

Wir haben in diesem Aufsatz unsere Modellvorstellung nicht empirisch getestet und können deshalb auch nicht sagen, wie viele Stimmen SPD und Grüne im Vergleich zu CDU/CSU und FDP ihrem klaren Koalitionskurs verdanken. Wir wollen aber abschließend unsere These, dass bei einer Zuspitzung auf wenige Koalitionsoptionen diejenige Koalition am Wahltag entscheidende Vorteile hat, die mit klaren Signalen die Öffentlichkeit erreicht hat, in stark vereinfachter Form überprüfen.

Die Vereinfachung besteht vor allem darin, dass wir von der Koalitionsneigung direkt auf das Wählerverhalten schließen. Dabei können wir die mögliche Wahlenthaltung von Personen, die mit ihrer Koalitionsneigung in Widerspruch zur signalisierten Koalitionspräferenz ihrer Partei stehen, nicht berücksichtigen. Wir machen nur insofern einen kleinen Schritt über die Normalprognose des Wahlergebnisses aus den Erstpräferenzen hinaus, als wir alle Stimmen der Wähler, die zwei Parteien auf dem ersten Rangplatz gleich bewerten – die starken Koalitionsneigernicht für die Parteienwahl, sondern nur als Stimmen entweder für Rot-Grün (bei gleicher Bewertung von SPD und Grünen) oder für Schwarz-Gelb (bei gleicher Bewertung von CDU/CSU und FDP) zählen. Für den Rest der Wähler wird – unserer Behandlung der *Cross-pressure*-Situation zum Trotz – angenommen, dass diese Wähler mit klarer Erstpräferenz diese Partei auch mit ihrer Zweitstimme wählen werden. Die starken Koalitionsneiger sollen dagegen nur dann eine der Koalitionsparteien mit der Zweitstimme wählen, wenn ihre Koalitionsneigung mit einer der in der Öffentlichkeit diskutierten Hauptregierungsalternative übereinstimmt.

Aus Tabelle 2 geht hervor, dass die Erstpräferenzen für SPD und Grüne 2002 im Vergleich zu 1998 deutlich abgenommen haben: von 39.1 auf 33.9 Prozent. Die Oppositionsparteien CDU/CSU und FDP konnten aber nicht zulegen; ihr gemeinsamer Anteil stieg nur leicht von 32.9 auf 33.3 Prozent. Zugenommen haben dagegen die starken Koalitionsneiger, und zwar leicht für SPD und Grüne von 5.3 auf 5.4 und etwas stärker für CDU und FDP von 2.0 auf 3.4. Der schließliche Vorsprung von Rot-Grün von 39.3 Prozent im Jahre 2002 vor Schwarz-Gelb mit 36.7 Prozent geht damit fast ausschließlich auf die starken Koalitionsneiger zurück, die SPD und Grüne auf dem ersten Rang gleich bewerten. Man kann also sagen, dass die Regierung Schröder ihre Wiederwahl den Wählern zu verdanken hat, die eine

rot-grüne Koalition einer schwarz-gelben Koalition vorgezogen haben. So war ein Sieg möglich, obwohl die größte Regierungspartei, die SPD, stark an Sympathie in der Wählerschaft eingebüßt hatte.

Tabelle 2: Voraussage der Wahlergebnisse 1998 und 2002 mit den Erstpräferenzen und den Koalitionsneigungen bei Rangplatzbindung zwischen SPD und Grünen bzw. CDU/CSU und FDP

Erstpräferenz	1998			2002		
SPD	30.3			25.9		
		39.1			33.9	
Grüne	8.8		44.4	8.0		39.3
Rangplatzbindung SPD/Grüne		5.3			5.4	
CDU/CSU	30.5			29.3		
		32.9			33.3	
FDP	2.4		34.9	4.0		36.7
Rangplatzbindung CDU/FDP		2.0			3.4	
Sonstige		20.7			24.1	

Anhang

Tabelle A1: Rekonstruierte Parteipräferenzen nach Erst- und Zweitpräferenz 1998 und 2002[a]

Parteipräferenz			1998 %	2002 %	Parteipräferenz	1998 %	2002 %
CDU	v	SPD	9.9	5.4	CDU = SPD	3.6	2.7
CDU	v	Grüne	1.8	1.2	CDU = Grüne	0.5	0.5
CDU	v	FDP	9.3	12.5	CDU = FDP	2.0	3.4
CDU	v	PDS	0.5	0.8	CDU = PDS	0.1	0.3
CDU	v	Andere	9.0	9.4			
		Σ	*30.5*	*29.3*			
SPD	v	CDU	6.6	4.6			
SPD	v	Grüne	10.0	9.1	SPD = Grüne	5.3	5.4
SPD	v	FDP	2.5	3.1	SPD = FDP	0.7	1.4
SPD	v	PDS	2.5	1.7	SPD = PDS	1.4	1.9
SPD	v	Andere	8.7	7.4			
		Σ	*30.3*	*25.9*			
Grüne	v	CDU	0.4	0.2			
Grüne	v	SPD	5.5	5.0			
Grüne	v	FDP	0.5	0.4	Grüne = FDP	0.2	0.4
Grüne	v	PDS	0.5	0.3	Grüne = PDS	0.7	0.8
Grüne	v	Andere	1.9	2.1			
		Σ	*8.8*	*8.0*			
FDP	v	CDU	1.1	1.7			
FDP	v	SPD	0.5	0.6			
FDP	v	Grüne	0.1	0.3			
FDP	v	PDS	-	0.1	FDP = PDS	0.1	0.2
FDP	v	Andere	0.7	1.3			
		Σ	*2.4*	*4.0*			
PDS	v	CDU	0.2	0.3	Entfremdete	2.1	2.9
PDS	v	SPD	1.9	1.9	Indifferente	4.5	5.4
PDS	v	Grüne	1.3	0.9	Angabe zu keiner Partei[b]	1.9	3.2
PDS	v	FDP	0.1	0.3			
PDS	v	Andere	1.6	1.5	Insgesamt (%)	100	100
		Σ	*5.1*	*4.9*	*N*	*1 608*	*1 632*

a Gewichtete Auszählung der aus den Parteiskalometern rekonstruierten Präferenzen für erste und zweite Partei. CDU steht hier immer für CDU/CSU.

b Die wenigen Befragten, die nur eine Partei bewerteten, wurden der Erstpräferenz für diese Partei zugewiesen (Kategorie "diese Partei" > andere, d.h. keine klare Zweitpräferenz), wenn die Bewertung dieser Partei nicht negativ ausfiel. Bei negativer Bewertung erfolgte eine Einordnung in die Kategorie der Entfremdeten.

Tabelle A2: Koalitionsneigung und Koalitionspräferenz

Koalitionspräferenz[a]	Koalitionsneigung[b]														
	SPD Grüne %	CDU FDP %	SPD CDU %	SPD FDP %	SPD PDS %	CDU Grüne %	CDU PDS %	Kleine Parteien %	Nur CDU %	Nur SPD %	Nur Grüne %	Nur FDP %	Nur PDS %	Sonstige %	Insgesamt %
SPD, Grüne	*76*	0	13	15	26	7	4	21	0	*38*	*47*	6	6	9	25
CDU, FDP	-	*82*	30	1	3	46	48	4	*69*	-	5	*49*	2	12	29
Große Koalition	7	9	*32*	17	12	10	14	1	16	18	16	-	7	19	14
SPD, FDP	2	3	8	*47*	3	-	-	11	-	25	4	43	-	6	8
SPD, Grüne, FDP	5	-	1	8	3	-	-	1	-	4	4	-	2	5	3
SPD, PDS	1	-	1	3	*22*	-	10	9	-	1	-	-	*45*	3	3
CDU, Grüne	-	1	1	-	-	*22*	-	-	7	1	4	-	-	1	2
SPD, Grüne, PDS	2	-	-	-	19	-	-	31	-	4	10	-	17	1	3
Weiß nicht, keine Angabe	7	6	14	9	13	15	24	22	8	9	11	3	22	*44*	14
N	317	286	207	82	89	32	21	57	153	120	33	21	24	189	1 632
% von N	19	18	13	5	6	2	1	4	9	7	2	1	2	12	100

a Die ersten fünf Koalitionsoptionen wurden in der Öffentlichkeit (pars pro toto: Spiegelausgabe am Montag vor der Wahl) diskutiert. Die Koalitionsoptionen insgesamt waren auf der Liste enthalten, die Befragten vorgelegt wurde.

b Koalitionsneigung fasst die Befragten zusammen, die die jeweils genannten Parteien als Erst- oder Zweitpräferenz bzw. als Rangplatzbindung einstuften. "Nur CDU" usw. bedeutet, dass diese Partei erste Präferenz ist, ohne dass eine klare Zweitpräferenz vorläge.

Tabelle A3: Die Kombination von Erst- und Zweitstimme bei der Bundestagswahl 2002 in Prozent aller Wähler[a]

Zweit-stimmen	Erststimmen							
	SPD	CDU/ CSU	Grüne	FDP	PDS	Sonstige	Ungültig	Insgesamt
SPD	32.9	1.2	2.1	0.6	0.9	0.1	0.2	38.1
CDU/CSU	1.0	35.1	0.3	1.1	0.1	0.2	0.3	38.0
Grüne	5.0	0.3	2.8	0.1	0.1	0.0	0.0	8.5
FDP	0.9	2.6	0.1	3.5	0.1	0.1	0.0	7.3
PDS	0.8	0.1	0.1	0.1	2.8	0.0	0.0	3.9
Sonstige	0.6	0.8	0.2	0.3	0.2	0.8	0.2	3.0
Ungültig	0.2	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.7	1.2
Insgesamt	41.4	40.3	5.6	5.7	4.3	1.3	1.5	100.0

a Berechnet auf Basis von Tabelle 2 in Statistisches Bundesamt (2003: 50-51), korrigierte Fassung.

Literatur

Bartolini, Stefano, Alessandro Chiaramonte und Roberto D'Alimonte (2002): "Maggioritario fmalmente? Il bilancio di tre prove", in Roberto D'Alimonte und Stefano Bartolini, (Hg.), *Maggrioritario finalmente? La transizione elettorale 1994-2001*, Bologna: Il Mulino, S. 363-379.

Berglund, Frode, Sören Holmberg, Hermann Schmitt und Jacques Thomassen (2003): *Party Identification and the Vote: Six European Countries Compared*, Papier zur Präsentation auf der Second General Conference of the ECPR, Universität Marburg, 18.-21. September 2003.

Converse, Philip E. und Roy Pierce (1986): *Political Representation in France*, Cambridge/London: Belknap Press of Harvard University Press.

Cox, Gary W. (1997): *Making Votes Count. Strategic Coordination in the World's Electoral Systems*, Cambridge: Cambridge University Press.

Cox, Karen E. und Leonard J. Schoppa (2002): "Interaction Effects and Mixed-member Electoral Systems: Theory and Evidence from Germany, Japan, and Italy", *Comparative Political Studies* 35: 1027-1053.

Fiorina, Morris P. (1981): *Retrospective Voting in American National Elections*, New Haven/London: Yale University Press.

Fleury, Christopher J. und Michael S. Lewis-Beck (1993): "Anchoring the French Voter: Ideology Versus Party", *Journal of Politics* 55: 1100-1109.

Gschwend, Thomas und Dirk Leuffen (2003): "Stuck Between a Rock and a Hard Place: Electoral Dilemmas and Turnout in the 2002 French Legislative Elections", in Michael Lewis-Beck (Hg), *The French Voter: Before and After the 2002 Elections*. Houndmills/Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 155-177.

Gschwend, Thomas, Ron Johnston und Charles Pattie (2003): "Split-ticket Patterns in Mixed-member Proportional Election Systems: Estimates and Analyses of Their Spatial Variation at the German Federal Election, 1998", *British Journal of Political Science* 33: 109-127.

Gschwend, Thomas und Franz U. Pappi (2004): "Stimmensplitting und Koalitionswahl", in Frank Brettschneider, Jan van Deth und Edeltraud Roller (Hg.), *Die Bundestagswahl 2002*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 167-183.

Herron, Erik S. und Misa Nishikawa (2003): "Contamination Effects and the Number of Parties in Mixed-superposition Electoral Systems", *Electoral Studies* 20: 63-86.

Pappi, Franz U. (1996): "Political Behavior: Reasoning Voters and Multi-party Systems", in Robert E. Goodin und Hans-Dieter Klingemann (Hg.), *A New Handbook of Political Science*, Oxford: Oxford University Press, S. 255-275.

Pappi, Franz U. und Gabriele Eckstein (1996): "Die Parteipräferenzen und Koalitionsneigungen der west- und ostdeutschen Wählerschaft", *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 48: 631-657.

Schmitt, Hermann (2005): "Multiple Party Identifications", in Hans-Dieter Klingemann (Hg.), *The Comparative Study of Electoral Systems*, Oxford: Oxford University Press (im Erscheinen).

Statistisches Bundesamt (2003): *Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002*. H. 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

van der Eijk, Cees, B. Niemöller und Jean N. Tillie (1986): *The Two Faces of 'Future Vote': Voter Utility and Party Potential*, Amsterdam: University of Amsterdam, (unveröffentlichtes Manuskript).